RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

46. Kalenderwoche

EU-Kommission ruft zu expansiveren Fiskalpolitik auf

Die EU-Kommission fordert Mitglieder, mit einem Spielraum im Haushaltsplan für das Jahr 2017, auf mehr zu investieren, um die Wirtschaft in Europa zu stabilisieren.

Die Europäische Kommission sei zu der Ansicht gelangt als „kollektiver Finanzminister“ aufzutreten. Diese Position begründet die EU-Kommission damit, dass sie zum ersten Mal eine allgemeine Aufforderung an die Mitgliedsländer tätige. Überdies sei die Funktion des „EU-Finanzminister“ im rechtlichen Zuständigkeitsbereich der EU-Kommission, man hätte diese Kompetenz aber bisher nicht ausgeschöpft, berichtet die FAZ.

Die EU-Kommission ruft aufgrund der eingereichten nationalen Haushaltspläne zu expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen auf. Die Mitgliedsländer sollen im nächsten Jahr 0,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts mehr ausgeben, als in ihren Haushaltsplänen vorgesehen. Pierre Moscovici, Wirtschaftskommissar, sagte am Mittwoch in Lissabon, dass die zusätzlichen Ausgaben vor allem in staatliche Investitionen fließen sollten. Insbesondere Staaten, deren Haushaltslage es erlaube, ihre Ausgaben überproportional zu steigern, sollten diese Maßnahme ergreifen. Im Gegenzug sollen Defizitländer wie Italien oder Spanien ihre Staatshaushalte in Ordnung bekommen. Die eingereichten Staatshaushaltspläne seien im Durchschnitt restriktiv. Nach Ansicht der Behörde sei es wegen der zunehmenden globalen Unsicherheit an der Zeit expansive fiskalpolitische Maßnahmen zu ergreifen, berichtet die FAZ.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Quelle: Reuters

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze:
14. November bis 20. November

Griechenland vor Wachstum
Montag, 14. November - Das griechische Bruttoinlandsprodukt ist im 3. Quartal um 0,5 Prozent gewachsen. Nach Ansicht von Ökonomen steigen dadurch die Chancen, dass es im gesamten Jahr 2016 zu einem Mini-Wachstum reichen könnte. Monokroussos (Eurobank-Chef) erwartet auch im 4. Quartal ein positives Wachstum. Sollte es dazu kommen, wäre dies das zweite Mal binnen 9 Jahren, dass die griechische Wirtschaft wächst, berichtet Reuters. Anfang des Jahres sei damit noch nicht zu rechnen gewesen, da im 1. Quartal die Wirtschaft kräftig geschrumpft ist. Im Frühjahr erholte sich die Wirtschaft und wuchs um 0,3 Prozent. Für Nikos Maggina von der National Bank sei dies ein Zeichen dafür, dass die Wirtschaft nicht nur vom Tourismus profitiere, so die Süddeutsche Zeitung.

Arbeitsmarkt in Großbritannien
Mittwoch, 16.November - Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass die Arbeitslosenquote in Großbritannien auf den niedrigsten Stand seit 11 Jahren sei. Nach dem Brexit Votum im Juni sank die Arbeitslosenquote, die nach Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO berechnet wurde, im dritten Quartal auf 4,8 Prozent.

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

46. Kalenderwoche

Im Hinblick auf den EU-Stabilitätspakt, der ein maximales Haushaltsdefizit von 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts vorsieht, erfüllen gerade einmal fünf Mitgliedsstaaten diese Vorgaben. Deutschland, als eines der fünf Mitgliedsstaaten, steht aufgrund der restriktiven Haushaltspolitik seit längerem in der Kritik. Auch vier weitere Länder würden die Vorgaben im Großen und Ganzen erfüllen, während sechs Staaten, die sich noch nicht im Defizitverfahren befinden, Gefahr laufen diese Vorgabe nicht zu erfüllen. So einigte sich Italien etwa im Sommer mit Brüssel auf ein Haushaltsdefizit von 1,8 Prozent, um einer zu hohen Belastung aufgrund der Staatsschulden entgegenzuwirken. Das mit der EU-Kommission vereinbarte Defizit wird in den Staatshaushaltsplanungen für das Jahr 2017 wohl überschritten. Der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi weigert sich voraussichtlich wegen eines bevorstehenden Referendums diese Vorgabe einzuhalten, so die FAZ.

Auf dem „SZ-Wirtschaftsgipfel“ in Berlin äußerte sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu den Aussagen der EU-Kommission. Er wies die Forderungen nach einer expansiveren Fiskalpolitik zurück und sagte „der deutsche Haushalt entspricht den europäischen Regeln". Des Weiteren kritisierte er, dass die EU-Kommission zwar das Recht hätte die Haushaltspläne der einzelnen Staaten am Maßstabs des Stabilitätpakts zu prüfen, aber nicht deren Spielraum zu bewerten. Somit warf er der EU-Kommission eine Kompetenzüberschreitung vor, berichtet das Magazin Die WirtschaftsWoche. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums äußerte sich diesbezüglich wie folgt: „Angesichts der weiter hohen Schuldenstände in der EU sehen wir keine Möglichkeit für eine expansive Fiskalpolitik.“.

FAZ: EU-Kommission kritisiert nationale Haushaltspläne

Fed plant weiter mit Zinserhöhung

Freitag, 18.November - Janet Yellen, Vorsitzende der amerikanischen Zentralbank, hält eine baldige Zinserhöhung für wahrscheinlich. Die angestrebte Inflationsrate von knapp zwei Prozent ist fast erreicht. Die Verbraucherpreise sind im September um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und im Oktober um 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die amerikanischen Währungshüter blicken besonders auf die Preisveränderungen bei den persönlichen Verbraucherausgaben, bei denen Energie- und Nahrungsmittelkosten nicht berücksichtigt werden. Diese Preisveränderung lag im September bei 1,7 Prozent. Somit sei kein Hinderungsgrund vorhanden um die geldpolitischen Maßnahmen, mithilfe einer Zinserhöhung anzuziehen, berichtet das Handelsblatt. Die Chefin der Fed in Cleveland Loretta Mester, hält es für sinnvoll, an einer sukzessiven Erhöhung der Zinsen festzuhalten, da auch die Auswirkungen des neuen US-Präsidenten Donald Trump nicht vorhersehbar wären.

Zahl der Woche:

0,9%

ist die Änderung der Erwerbstätigenquote in Deutschland, die im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahr, zu verzeichnen war.

Reuters